

# Sagen Sie mal:

## Andreas Ziegler

**Herr Professor Ziegler, Sie haben 2 200 Haushalte in ganz Deutschland zu ihrer Meinung über die Energiewende befragt. Wie lautet Ihr Fazit?**

In unseren Studien hat sich gezeigt, dass die große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor die wesentlichen Ziele und Maßnahmen der Energiewende akzeptiert. Ganz besonders gilt dies für die Förderung erneuerbarer Energien und für den Atomausstieg. Allerdings haben auch viele Bürger Probleme mit einzelnen Details bei der Durchführung der Energiewende. Ein gutes Beispiel ist die Verteilung der Kosten für deren Finanzierung. Offensichtlich auch aufgrund der in den letzten Jahren geführten Diskussion von möglicher Energiearmut denken viele Bürger, dass es bei der Kostenverteilung zwischen einzelnen Einkommensgruppen unfair zugeht.

**Können „normale“ Bürger das immer komplexer werdende System der Energiewirtschaft überhaupt noch verstehen?**

In der Tat scheint es vielen Bürgern immer schwerer zu fallen, einzelne Details der Energiewirtschaft und der Energiewende wie zum Beispiel die Ermittlung der EEG-Umlage zu verstehen. Dies belegen auch einzelne widersprüchliche Ergebnisse in unseren Studien. Obwohl ein Großteil der Bevölkerung die Verteilung der Kosten der Energiewende ungerecht findet, befürworten die meisten Befragten das Verursacherprinzip, das Verbraucher mit hohem Energieverbrauch und damit Schadstoffausstoß finanziell stärker belastet im Vergleich zu anderen Verteilungsregeln wie dem Egalitätsprinzip (gleiche Pro-Kopf-Zahlungen; d. Red.) oder dem Leistungsfähigkeitsprinzip (Haushalte mit höherem Einkommen müssen mehr zahlen; d. Red.). Allerdings werden eben die Hauptlasten zur Finanzierung der Energiewende prinzipiell nach dem Verursacherprinzip verteilt. Interessanterweise hat sich in diesem Zusammenhang gezeigt, dass ökonomisches Eigeninteresse eine dominante Rolle bei der Zustimmung oder Ablehnung einzelner Lastenverteilungsregeln spielt. Beispielsweise lehnen Haushalte mit höheren Energieausgaben häufiger das Verursacherprinzip ab als Haushalte mit geringeren Energieausgaben.



Bild: Universität Kassel

Prof. Dr. Andreas Ziegler ist Leiter des Fachgebiets Empirische Wirtschaftsforschung am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Kassel

In mancher Hinsicht sind aber viele Bürger erstaunlich weitsichtig. Erwartungsgemäß lehnen Personen, die aufgrund der Energiewende von höheren Stromkosten in der Zukunft ausgehen, häufiger einzelne Maßnahmen der Energiewende ab. Allerdings hat sich gezeigt, dass die meisten Bürger in Zukunft – unabhängig von den Maßnahmen der Energiewende – höhere Energiepreise erwarten, das heißt auch im hypothetischen Fall, dass die Maßnahmen nicht ergriffen beziehungsweise ausgesetzt würden.

**Lassen sich aus den Ergebnissen Empfehlungen für die Politik ableiten, etwa in Form einer besseren Informationspolitik?**

Aus unseren Studien lässt sich tatsächlich die Notwendigkeit einer verbesserten Informationspolitik ableiten. Beispielsweise wären aufgrund der beschriebenen Komplexität der EEG-Umlage sicherlich gezielte Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen zur Verteilung der Kosten der Energiewende sehr hilfreich. Im Rahmen der Diskussion um zukünftige Energiepreise und Energiekosten wären darüber hinaus auch Informationen über die ökonomischen Auswirkungen einer Verlangsamung der Energiewende oder gar eines Ausstiegs wünschenswert, beispielsweise im Hinblick auf die anfallenden Kosten für die Entsorgung des Atommülls oder für die Umwelt- und Klimaschäden durch Kohlekraftwerke.

Generell suggerieren unsere Ergebnisse aber, dass die Politik den eingeschlagenen Pfad des Übergangs zu einer nachhaltigen Energieversorgung grundsätzlich beibehalten sollte, zumal manche Argumente zur Ablehnung von Maßnahmen der Energiewende aufgrund einer ungerechten Verteilung ihrer Kosten offensichtlich rein strategischer Natur und nicht wertorientiert sind. Dennoch sollte die Energiewende nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern auch zur weiteren Steigerung ihrer Zustimmung so kosteneffizient wie möglich implementiert werden. Aufgrund der insgesamt sehr hohen Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung ist allerdings das Abrücken von Union und SPD in den laufenden Koalitionsverhandlungen vom selbst gesteckten Klimaziel für 2020 ein fatales und unverantwortliches Signal.